

Positionspapier

Geistiges Eigentum als Treiber der Zukunft: wie eine nationale IP-Strategie den deutschen Biotech-Standort stärken kann

Juli 2026

Inhalt

1. Zusammenfassung	2
2. Vorwort.....	3
3. Zentrale Bedeutung von IP für Innovationen aus der Biotechnologie	3
4. Warum eine nationale IP-Strategie für die Biotechnologie jetzt entscheidend ist	4
5. Handlungsempfehlungen: Was die nationale IP-Strategie leisten muss.....	4
5.1. IP-Schutz für KMU und Start-ups vereinfachen und finanzieren	4
5.2. IP-Transfer und Ausgründungen beschleunigen	5
5.3. Unterstützung der Bestrebungen zur Harmonisierung des internationalen Patentrechts	6
5.4. IP-Schutz und technologischer Fortschritt	6
5.5. Schutz von Schlüsseltechnologien und Geschäftsgeheimnissen	7
5.6. Modernisierung der IP-Infrastruktur	7
5.7. Biotechnologie als strategische Industrie für Deutschland, Kommunikation und öffentliche Akzeptanz der Biotechnologie und der Rolle von Patenten	8

1. Zusammenfassung

Geistiges Eigentum ist eine zentrale Voraussetzung für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand – insbesondere in der Biotechnologie. Patente, Marken, Urheberrechte und Know-how-Schutz schaffen Anreize für Forschung und Entwicklung, fördern Investitionen und sichern den wirtschaftlichen Wert neuer Technologien. Gerade in der Biotechnologie, die durch hohe Entwicklungskosten und lange Innovationszyklen geprägt ist, ist ein wirksamer IP-Schutz unverzichtbar. Nur wenn Investitionen in Forschung und Entwicklung durch bestehende Schutzrechte refinanziert werden können, bleibt Deutschland ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Innovationsstandort. Eine nationale IP-Strategie bietet die Chance, die Innovationskraft der Biotechnologie zu entfesseln und die Biotech-Branche strategisch zu stärken. BIO Deutschland fordert daher eine ressortübergreifende, zielgruppenspezifische Strategie, die IP als Anker für Investitionen, Ausgründungen und internationale Wettbewerbsfähigkeit versteht. Hierfür sind folgende Maßnahmen zu adressieren:

1. IP-Schutz für KMU und Start-ups vereinfachen und finanzieren

Die Erlangung von Schutzrechten muss für Biotechnologieunternehmen durch gezielte Förderprogramme, spezialisierte Beratung und effizientere Verfahren erleichtert werden. Gleichzeitig müssen die Kosten für Patentanmeldungen, Schutzrechtsmanagement und internationale Durchsetzung gesenkt werden, um die Innovations- und Finanzierungsfähigkeit von KMU und Start-ups zu stärken (s. 5.1.).

2. IP-Transfer und Ausgründungen beschleunigen

Deutschland muss den Transfer von IP aus Wissenschaftseinrichtungen in marktfähige Unternehmen durch standardisierte, transparente und investorenfreundliche Prozesse deutlich beschleunigen. Klare Zuständigkeiten, frühzeitige Regelungen zu IP-Rechten und leistungsfähige Technologietransferstellen sind entscheidend, um mehr biotechnologische Innovationen schneller in die Anwendung zu bringen (s. 5.2.).

3. Harmonisierung des internationalen Patentrechts vorantreiben

Die nationale IP-Strategie sollte sich für international harmonisierte und solide Schutzrechtsstandards einsetzen, um die Rechtssicherheit für global agierende Biotechnologieunternehmen zu erhöhen. Insbesondere durch die Einführung einer zwölfmonatigen Neuheitsschonfrist in Europa können unbeabsichtigte Rechtsverluste vermieden und die Wettbewerbsfähigkeit von Forschungseinrichtungen, Start-ups und KMU gestärkt werden (s. 5.3.).

4. IP-Schutz an den technologischen Fortschritt anpassen

Der Rechtsrahmen für geistiges Eigentum muss mit der Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen Schritt halten und insbesondere neue biotechnologische Verfahren wirksam erfassen. Dazu gehören der Erhalt bewährter Schutzmechanismen, die Modernisierung patentrechtlicher Regelungen sowie schnellere und technologieoffene Prüfungsverfahren (s. 5.4.).

5. Schlüsseltechnologien und Geschäftsgeheimnisse wirksam schützen

Eine nationale IP-Strategie muss die Verlässlichkeit des Patentsystems stärken und einer Aushöhlung des Schutzrechtsstandards entgegenwirken, um Investitionen in die Biotechnologie langfristig abzusichern. Gleichzeitig sollten Patente, Geschäftsgeheimnisse und Know-how durch ein kohärentes und innovationsfreundliches Schutzsystem besser miteinander verzahnt werden. (s. 5.5.).

6. Die IP-Infrastruktur modernisieren und stärken

Das Deutsche Patent- und Markenamt sowie die Patentgerichte benötigen zusätzliche personelle, finanzielle und digitale Ressourcen, um Verfahren effizient und zukunftsfähig gestalten zu können. Moderne IT-Systeme, KI-gestützte Dienstleistungen, beschleunigte Verfahren für KMU und eine leistungsfähige Rechtsprechung sind zentrale Voraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Innovationsstandort (s. 5.6.).

7. Kommunikation und Ringen um öffentliche Akzeptanz

Deutschland muss Konzepte entwickeln und umsetzen, um die öffentliche Akzeptanz und Verständnis für die Biotechnologie als strategisch wichtige Industrie für den Standort Deutschland zu erreichen. In diesem Zusammenhang sollte der Öffentlichkeit die Rolle von IP und Patenten als Innovationstool vermittelt werden (s. 5.7.).

2. Vorwort

Die deutsche Biotechnologiebranche steht an einem Scheideweg. Während die BioNTech-Erfolgsgeschichte während der COVID-19-Pandemie zeigte, wie innovative KMU mit starkem IP-Schutz globale Durchbrüche erzielen können, verliert Deutschland in zentralen Innovationsindikatoren an Boden: Der Weltmarktanteil an transnationalen Patentanmeldungen in der Pharmazeutischen Industrie sank von 13,1 % (2000) auf 4,4 % (2022). Der Anteil Deutschlands an den weltweiten FuE-Aufwendungen der Wirtschaft sank von 8,5 % im Jahr 2008 auf 5,6 % im Jahr 2021, während China und die USA ihre Aufwendungen im selben Zeitraum verzwanzigfacht bzw. verdoppelt haben.

Gleichzeitig werden 189.000 in Deutschland hervorgebrachte Patente aus dem Ausland kontrolliert – ein technologisches Souveränitätsrisiko, das besonders in Schlüsseltechnologien wie Biotech, Pharma und KI spürbar ist.¹ Die im Koalitionsvertrag (auf S. 79) angekündigte nationale IP-Strategie bietet die Chance, diese Entwicklung umzukehren.

3. Zentrale Bedeutung von IP für Innovationen aus der Biotechnologie

Geistiges Eigentum ist der Motor für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand – besonders in der Biotechnologie. Patente, Marken, Urheberrechte und Know-how-Schutz treiben die Entstehung und Verbreitung von Innovationen voran und sichern den wirtschaftlichen Wert geistigen Eigentums. Ein wirksamer IP-Schutz fördert Investitionsbereitschaft und Kreativität, da er Anreiz und Belohnung für technische Entwicklungen bietet. Für die Biotechnologie ist IP-Schutz besonders entscheidend, da die Entwicklung neuer Therapien und Technologien mit hohen Investitionen (0,7–2,6 Mrd. \$ pro Medikament²) und langen Entwicklungszeiten (10+ Jahre) verbunden ist. Nur wenn diese Investitionen durch Patentschutz amortisiert werden können, bleibt der Standort Deutschland innovativ. Schutzrechte bergen somit Chancen, die es in der Praxis zu nutzen gilt.

Für KMU aus der Biotechnologie ist der Schutz geistigen Eigentums von besonders hoher Relevanz. Patente sind in den meisten Fällen die einzige Möglichkeit, Innovationen auf den Markt zu bringen. Sie sind damit die Grundlage für spätere Umsätze und den Erfolg dieser Unternehmen. Besonders im Hinblick auf den Zugang zu Finanzmitteln sind Patente für KMU eine essentielle Voraussetzung und ebnen ihnen den Weg zum geschäftlichen Durchbruch. Patente erfüllen daher für kleine und mittlere Biotech-Unternehmen eine entscheidende Funktion, um Finanzierungen für ihre Forschung und Entwicklung einzuwerben oder mit größeren Pharmapartnern zu kooperieren. Da sich diese Kooperationen häufig über Ländergrenzen hinweg auf internationaler Ebene bewegen, sind Patente von essenzieller Bedeutung, um die eigene Technologie vor illegaler Imitation zu schützen³.

Gleichzeitig sind Patente für große Biopharma-Unternehmen von zentraler Bedeutung, um ihre hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung abzusichern und Innovationen weltweit vermarkten zu können. Die Biotechnologiebranche lebt dabei von der engen Zusammenarbeit zwischen kleinen Biotechnologieunternehmen und großen Pharmaunternehmen: Während weltweit 65 % aller neu zugelassenen Substanzen (*Novel Active Substances*) ursprünglich aus kleinen Biotech-Unternehmen stammen⁴, bringen große Unternehmen die notwendigen finanziellen Ressourcen, regulatorische Expertise und globalen Vermarktungsstrukturen mit, um diese Innovationen zur Marktreife zu führen. Patente bilden die Grundlage dieser Zusammenarbeit, da sie für KMU die entscheidende Währung für Finanzierungen und strategische Partnerschaften darstellen und zugleich großen Unternehmen die erforderliche Exklusivität sowie Schutz vor verfrühtem Generikawettbewerb bieten.

¹ Graham, Leonie und Koppel, Oliver (2026): Industrieposition in der Zukunft: Patent- und Forschungsanalyse der deutschen Industrie. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).

² 1. Mestre-Ferrandiz. 'The R&D cost of a new medicine, Office of Health Economics' (2012); 2. Tufts Center for the Study of Drug Development. 'Cost of Developing a New Drug' (2014); 3. Prasad. 'Research and Development Spending to Bring a Single Cancer Drug to Market and Revenues After Approval' (2017); 4. Pharma Chart Pack Biopharmaceuticals in Perspective (2016)

³ Haeussler, Carolin & Harhoff, Dietmar & Mueller, Elisabeth, 2014. 'How patenting informs VC investors – The case of biotechnology,' *Research Policy*, Elsevier, vol. 43(8), pages 1286-1298.

⁴ IQVIA Institute Report Expanding Options for Emerging Biopharma in the U.S.: A Decade of Change (Oct. 2025)

Da Patente eine endliche Dauer haben und es effektive und bewährte Instrumente zum Schutz vor Missbrauch gibt, besteht ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Interessen aller Stakeholder. So verbindet das Innovationsökosystem der Biotechnologie die Agilität und wissenschaftliche Innovationskraft kleiner Unternehmen mit der Entwicklungs-, Zulassungs- und Vermarktungskompetenz großer Biopharma-Unternehmen.

4. Warum eine nationale IP-Strategie für die Biotechnologie jetzt entscheidend ist

Eine kohärente IP-Strategie ist für die deutsche Biotechnologiebranche gerade jetzt von zentraler Bedeutung, weil Innovationen zunehmend auf wissensintensiven und forschungsgetriebenen Geschäftsmodellen beruhen. Der internationale Wettbewerb um biotechnologische Durchbrüche hat sich deutlich verschärft, während andere Wirtschaftsregionen ihre Rahmenbedingungen für den Schutz und die Verwertung geistigen Eigentums gezielt stärken⁵. Patente und andere Schutzrechte schaffen die notwendige Grundlage, um hohe Forschungs- und Entwicklungsausgaben langfristig zu refinanzieren und private Investitionen zu mobilisieren. Dies gilt insbesondere für kleine und mittlere Biotechnologieunternehmen, deren Unternehmenswert häufig maßgeblich auf ihrem geistigen Eigentum basiert. Zugleich gewinnen neue Technologiefelder wie Genomeditierung, Zell- und Gentherapien, künstliche Intelligenz in der Wirkstoffentwicklung sowie industrielle Biotechnologie an wirtschaftlicher Bedeutung und erfordern rechtliche Planungssicherheit. Eine verlässliche IP-Strategie stärkt die Attraktivität Deutschlands als Standort für Forschung, Entwicklung und Produktion und fördert die Ansiedlung internationaler Investitionen. Sie erleichtert zudem den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, indem sie klare Rahmenbedingungen für Kooperationen, Lizenzierungen und Ausgründungen schafft. Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen und zunehmender technologischer Souveränitätsbestrebungen ist der Schutz strategisch wichtiger Innovationen eine zentrale industriepolitische Aufgabe. Ohne eine starke nationale Biotechnologie-Branche ist die wirtschaftliche und politische Souveränität Deutschlands nicht vorstellbar, wie gerade die COVID-Krise gezeigt hat.

Gleichzeitig trägt ein ausgewogenes Schutzrechtssystem dazu bei, Innovationen schneller in marktfähige Produkte und gesellschaftlichen Nutzen zu überführen. Eine zukunftsgerichtete IP-Strategie ist daher ein wesentlicher Baustein, um die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Resilienz der deutschen Biotechnologiebranche nachhaltig zu sichern.

5. Handlungsempfehlungen: Was die nationale IP-Strategie leisten muss

5.1. IP-Schutz für KMU und Start-ups vereinfachen und finanzieren

Der Zugang zu wirksamem Schutz geistigen Eigentums muss für Biotechnologieunternehmen in Deutschland gezielt vereinfacht und durch geeignete Förderinstrumente flankiert werden. Insbesondere junge und forschungsintensive Unternehmen stehen häufig vor erheblichen finanziellen und administrativen Hürden bei der Anmeldung, Verteidigung und internationalen Durchsetzung von Schutzrechten. Hohe Kosten für Patentanmeldungen, Prüfungsverfahren und rechtliche Auseinandersetzungen können die Entwicklung innovativer Technologien erheblich erschweren.

Daher sollten bestehende Unterstützungsprogramme ausgebaut und stärker auf die besonderen Anforderungen der Biotechnologie zugeschnitten werden. Gleichzeitig ist eine bessere Finanzierung von IP-bezogenen Aktivitäten erforderlich, damit Unternehmen ihre Innovationspotenziale frühzeitig absichern und strategisch entwickeln können. Öffentliche Förderprogramme sollten die Kosten für Schutzrechtsanmeldungen, *Freedom-to-Operate*-Analysen und Patentportfoliomanagement stärker berücksichtigen. Darüber hinaus sollten Investitions- und Finanzierungsinstrumente die Bedeutung geistigen Eigentums als zentralen Werttreiber biotechnologischer Geschäftsmodelle angemessen anerkennen. Auch der Zugang zu spezialisierter Beratung und zu qualifizierten IP-Expertinnen und -Experten sollte verbessert werden, um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Aufbau professioneller Schutzrechtsstrategien zu erleichtern. Eine effizientere und nutzerfreundlichere Ausgestaltung der relevanten Verfahren würde zusätzlich dazu beitragen, Innovationshemmnisse abzubauen und Ressourcen für Forschung und Entwicklung freizusetzen.

⁵ In China soll nach dem 15. Fünfjahresplan die Zahl der hochwertigen Erfindungspatente bis 2030 von derzeit 16 auf mindestens 22 pro 10.000 Einwohner steigen.

Deutschland sollte daher das Ziel verfolgen, die Rahmenbedingungen für den Erwerb, die Nutzung und die Finanzierung von Schutzrechten so auszugestalten, dass biotechnologische Innovationen schneller und erfolgreicher in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen überführt werden können.

5.2. IP-Transfer und Ausgründungen beschleunigen

Deutschland muss den Transfer von geistigem Eigentum aus der Wissenschaft in marktfähige Unternehmen deutlich beschleunigen, um das Innovationspotenzial seiner exzellenten Forschungslandschaft besser zu nutzen. Gerade in den Lebenswissenschaften entstehen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen regelmäßig wissenschaftliche Durchbrüche mit erheblichem gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Potenzial, deren Überführung in Ausgründungen jedoch häufig durch langwierige Transferprozesse verzögert wird. Da Geschwindigkeit insbesondere bei technologieintensiven Gründungen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor ist, erschweren Verzögerungen die Kapitalaufnahme, verzögern den Markteintritt und schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Ein zentrales Hemmnis sind komplexe und langwierige Verhandlungen über IP-Rechte, Lizenzbedingungen und Beteiligungsmodelle zwischen Forschungseinrichtungen, Gründerteams und Investoren. Standardisierte Vertragsmodelle, klare Verantwortlichkeiten, frühzeitige Klärungen von IP-Rechten und Verwertungswegen sowie marktübliche Lizenzierungs- und Beteiligungsstrukturen können Verhandlungen deutlich beschleunigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Verzögerungen nicht einseitig den Forschungseinrichtungen oder Technologietransferstellen zugeschrieben werden können. Effiziente Verhandlungen setzen voraus, dass die relevanten Grundlagen auf allen Seiten vorliegen. Dazu gehören insbesondere ein belastbares Geschäftskonzept, eine klare Definition der zu nutzenden IP, eine Prüfung bestehender Rechte Dritter und vertraglicher Verbindungen, ein gemeinsames Verständnis der Bedeutung der IP für das Geschäftsmodell sowie eine geklärte Verhandlungs- und Entscheidungsstruktur.

Das German Spin-Off Framework zeigt, dass partnerschaftliche, transparente und effiziente Transferprozesse auf solchen Voraussetzungen aufbauen müssen. Prozessleitfäden können erheblich zur Beschleunigung beitragen; sie ersetzen jedoch nicht die notwendige Einzelfallprüfung bei technologieintensiven Ausgründungen.

Technologietransferstellen sollten zudem personell, finanziell und organisatorisch so ausgestattet werden, dass sie Transferprozesse professionell steuern und aktiv begleiten können. Ihre Aufgabe sollte über die klassische Verwaltung von Patenten und Lizenzen hinausgehen und die gezielte Identifikation, Auswahl und Entwicklung besonders aussichtsreicher Transferprojekte umfassen. Anstatt wissenschaftliche Teams durch eine Vielzahl aufeinanderfolgender Förderanträge und komplexe Verwaltungsprozesse zu binden, sollten zentrale Transfereinheiten Projekte mit hohem Innovations- und Marktpotenzial frühzeitig auswählen und diese mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen bis mindestens zum Abschluss der präklinischen beziehungsweise Phase-I-Entwicklung begleiten. Dabei sollten spezialisierte Transferteams die Verantwortung für regulatorische, IP-bezogene und kommerzielle Fragestellungen übernehmen, sodass sich Forschende auf Forschung und Technologieentwicklung konzentrieren können.

Internationale Best Practices zeigen, dass IP-Modelle, die für Investoren anschlussfähig, für Gründerteams liquiditätsschonend und für Forschungseinrichtungen fair sowie rechtssicher ausgestaltet sind, die Erfolgchancen wissenschaftlicher Ausgründungen deutlich erhöhen und zusätzliche private Investitionen mobilisieren können. Solche Modelle müssen zugleich rechtssicher sowie beihilfe- und haushaltsrechtskonform ausgestaltet sein und den öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen eine angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Nur so können leistungsfähige Transferstrukturen, professioneller IP-Schutz und eine hochwertige Ausgründungsbegleitung langfristig finanziert werden. Ziel muss es sein, den Weg von wissenschaftlicher Erkenntnis zu unternehmerischer Wertschöpfung konsequent zu verkürzen und mehr Innovationen schneller in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen zu überführen.

5.3. Unterstützung der Bestrebungen zur Harmonisierung des internationalen Patentrechts

Eine nationale IP-Strategie für Deutschland sollte darauf hinwirken, die internationale Rechtssicherheit im Patentsystem zu stärken und bestehende Unterschiede zwischen den maßgeblichen Innovationsstandorten abzubauen, ohne sich auf das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners einzulassen. Für forschungsintensive Biotechnologieunternehmen, die ihre Innovationen global entwickeln, finanzieren und vermarkten, sind international harmonisierte Schutzrechtsstandards von entscheidender Bedeutung. Forschungseinrichtungen und KMU sehen einen besonderen Handlungsbedarf bei der Einführung einer Neuheitsschonfrist, wie sie in wichtigen Innovationsmärkten außerhalb Europas bereits etabliert ist. Die derzeitigen Regelungen in Europa können dazu führen, dass wissenschaftliche Veröffentlichungen, Konferenzbeiträge oder Gespräche mit potenziellen Investoren bereits vor der Patentanmeldung die Schutzzfähigkeit einer Erfindung gefährden. Dies benachteiligt insbesondere junge Biotechnologieunternehmen und wissenschaftsnahe Ausgründungen, die frühzeitig auf den Austausch mit Forschungspartnern, Investoren und potenziellen Kunden angewiesen sind. Die nationale IP-Strategie sollte sich daher für die Einführung einer Neuheitsschonfrist in der Europäischen Union beziehungsweise den Mitgliedstaaten des Europäischen Patentübereinkommens einsetzen. Nicht neuheitsschädlich sollten dabei sämtliche Offenbarungen einer Erfindung sein, die unmittelbar oder mittelbar auf den Anmelder oder dessen Rechtsvorgänger zurückzuführen sind. Eine solche Regelung würde die Rechtssicherheit für Forschende, Gründer und Unternehmen erhöhen und unbeabsichtigte Rechtsverluste vermeiden. Gleichzeitig würde sie die internationalen Wettbewerbsbedingungen verbessern und die Attraktivität Europas als Innovationsstandort für Biotechnologie nachhaltig stärken. Weiterhin muss der Patentschutz international gestärkt werden. Insbesondere NGOs sehen eine internationale Abschaffung von Patentschutz als Lösung für fehlende Infrastruktur im globalen Süden und als effektive Form der Entwicklungshilfe an. Dies ist nicht der Fall wie gerade die fehlgeleiteten Aktionen zur Aufweichung des Patentschutzes im Rahmen von COVID gezeigt haben.

5.4. IP-Schutz und technologischer Fortschritt

Ein zentraler Baustein einer modernen nationalen IP-Strategie muss die Gewährleistung sein, dass der Schutz geistigen Eigentums mit dem technischen Fortschritt Schritt hält. Die deutsche Biotech-Industrie ist auf einen Rechtsrahmen angewiesen, der sich dynamisch an neue Technologien und sich wandelnde kreative Berufsfelder anpasst. Nur so kann sichergestellt werden, dass die verfügbaren Schutzrechte nicht hinter der technologischen Entwicklung zurückbleiben, sondern diese aktiv mitgestalten. Eine starre oder zögerliche Gesetzgebung würde nicht nur Innovationen hemmen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf globalen Märkten gefährden.

Besonders im Bereich der Biotechnologie zeigt sich die Dringlichkeit einer zeitgemäßen IP-Strategie. Die Biopatentrichtlinie hat sich in ihrer aktuellen Fassung als unverzichtbar erwiesen, um Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen, die in die Entwicklung biologischer Verfahren, Medikamente oder diagnostischer Werkzeuge investieren. Ihr Erhalt ist daher von höchster Priorität. Gleichzeitig muss der bestehende Ausschluss der Patentierbarkeit diagnostischer Verfahren gem. § 2a Abs. 1 Nr. 2, 2. Alternative PatG sowie Artikel 53 lit. c, 2. Alternative EPÜ dringend überdacht werden. Dieser Ausschluss steht im Widerspruch zu den Erfordernissen einer innovativen Branche, die kontinuierlich neue diagnostische Tests, Kits, Reagenzien und Geräte entwickelt. Um die grundsätzliche Patentfähigkeit dieser Erfindungen herzustellen, bedarf es einer Anpassung des Erteilungsverfahrens sowie einer Präzisierung der Patentansprüche. Flankierend sollte eine gesetzliche Regelung eingeführt werden, die die in § 11 PatG genannten Fallgruppen um Handlungen von Ärzten und Tierärzten im Rahmen der Diagnose von Patienten erweitert, um so Patentverletzungen durch ärztliches Verhalten explizit auszuschließen und die Privilegierung der ärztlichen Praxis zu wahren.

Um den IP-Schutz strategisch auszurichten, sollten volkswirtschaftlich angestrebte Schwerpunkte definiert, messbare IP-Ziele hierfür abgeleitet, regelmäßig erfasst und publiziert werden. Dabei ist eine transparente Abwägung zwischen Technologieoffenheit und der gezielten Auswahl von Schlüsseltechnologien erforderlich. Für Schlüsseltechnologien wie die Biotechnologie müssen gezielte Anreize für Investitionen geschaffen werden, um deren Entwicklung und Markteinführung zu beschleunigen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Deutschland seine technologische Souveränität stärkt und gleichzeitig Innovationen in besonders relevanten Bereichen vorantreibt.

Neben der Gesetzgebung müssen auch die Prüfungsrichtlinien der Patentämter an die Geschwindigkeit des technologischen Wandels angepasst werden. Die bisherige Praxis, auf gerichtliche Entscheidungen zu warten, um die Patentierbarkeit neuer Technologien zu klären, ist für eine so dynamische Branche wie die Biotechnologie unzureichend. Recherche und Prüfung müssen beschleunigt werden, um den Unternehmen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Nur durch eine solche moderne Ausrichtung des IP-Schutzes kann Deutschland seine Position als führender Standort für Biotechnologie und medizinischen Fortschritt langfristig sichern und gleichzeitig Anreize für weitere Investitionen in Forschung und Entwicklung schaffen.

5.5. Schutz von Schlüsseltechnologien und Geschäftsgeheimnissen

Eine nationale IP-Strategie für Deutschland muss den wirksamen und verlässlichen Schutz geistigen Eigentums als zentralen Baustein der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Biotechnologie verankern. Die Entwicklung neuer biotechnologischer Verfahren, Diagnostika, Arzneimittel und Plattformtechnologien erfordert hohe Investitionen, lange Entwicklungszyklen und erhebliche wissenschaftliche Risiken. Nur ein stabiles und berechenbares Schutzrechtssystem schafft die notwendige Grundlage, um privates Kapital für diese Innovationsprozesse zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund sollte die nationale IP-Strategie das klare Ziel verfolgen, die Rechtssicherheit im Patentsystem zu stärken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern. Eine Aushöhlung des Patentschutzes durch eine Ausweitung oder erleichterte Gewährung von Zwangslizenzen würde die Verlässlichkeit des Innovationsstandorts Deutschland beeinträchtigen und negative Signale an Investoren senden. Gerade in der Biotechnologie, in der Investitionsentscheidungen häufig über Zeiträume von mehr als einem Jahrzehnt getroffen werden, sind stabile Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Bereits die politische Diskussion über eine Abschwächung bestehender Schutzrechtsstandards kann zu Rechtsunsicherheit führen und die Bereitschaft zu langfristigen Investitionen mindern. Eine nationale IP-Strategie sollte daher den bewährten Ausnahmecharakter von Zwangslizenzen bekräftigen und zugleich die Planungs- und Investitionssicherheit für innovative Unternehmen stärken. Darüber hinaus muss sie bestehende Inkonsistenzen und Fragmentierungen beim Schutz immaterieller Vermögenswerte adressieren.

Dies gilt insbesondere für den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Know-how, deren praktische Bedeutung für die Biotechnologie vielfach ebenso hoch ist wie die von Patenten. Unterschiedliche regulatorische Anforderungen und uneinheitliche Durchsetzungsstandards erschweren die Verwertung von Innovationen und erhöhen die Kosten für Unternehmen. Eine zukunftsorientierte deutsche IP-Strategie sollte daher auf ein kohärentes, verlässliches und innovationsfreundliches Schutzsystem für Patente, Geschäftsgeheimnisse und weitere immaterielle Vermögenswerte hinwirken, um die Attraktivität Deutschlands als führenden Biotechnologiestandort nachhaltig zu stärken. Dies dient nicht zuletzt der Verbesserung der nationalen Resilienz und der Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Souveränität Deutschlands.

5.6. Modernisierung der IP-Infrastruktur

Die Ausstattung des DPMA mit ausreichenden Ressourcen ist entscheidend. Mehr Personal für die Prüfung in Schlüsseltechnologien, eine moderne IT-Infrastruktur mit KI-gestützter Recherche und digitale Anmeldeverfahren sind notwendig. Attraktive Karrieremodelle für Prüfer, um die Konkurrenz zu EPA/USPTO zu bestehen, sind ebenfalls wichtig.

Das DPMA sollte als zentraler IP-Dienstleister für KMU agieren. Die DPMA Academy könnte Schulungsmaterialien für Intermediäre wie Schulen, Hochschulen, IHKs und Gründerzentren anbieten, inklusive Datenbankschulungen. Regelmäßige Berichte zu IP-Trends, Branchenanalysen und KMU-Bedarfen in Kooperation mit der Wissenschaft wären sinnvoll. Eine KI-gestützte Hotline für KMU zu Patentanmeldungen und Geheimnisschutz sowie eine zentrale Wissensplattform mit aktuellen IP-Trends, Förderprogrammen und Netzwerken würden die Dienstleistungen des DPMA ergänzen.

Beschleunigte Verfahren für KMU, wie schnellere Recherchen und Prüfungsverfahren für Schlüsseltechnologien, Gutscheine für Patentrecherchen und Unterstützung bei der Bewertung von IP-Assets, wären ebenfalls hilfreich. Die Einbindung in den digitalen One-Stop-Shop für Gründungen, um Marken- und Patentanmeldungen zu integrieren, ist ein weiterer wichtiger Schritt.

Auch das Bundespatentgericht und die Verletzungsgerichte benötigen dringend mehr Ressourcen, um ihre zentrale Rolle in der IP-Infrastruktur wahrnehmen zu können. Für das Bundespatentgericht sollten ausreichende Mittel für die Einstellung weiterer Richterinnen und Richter, die Errichtung zusätzlicher Nichtigkeitssenate, die Entwicklung neuer Konzepte für die Beschlussfassung und die Besetzung der Senate sowie die Verbesserung der IT-Ausstattung bereitgestellt werden. Durch das Inkrafttreten des Einheitlichen Patentgerichts steht das Bundespatentgericht in einer ernsthaften Konkurrenz um juristisch und technisch ausgebildete Richterpersönlichkeiten. Um weiterhin eine ausgewogene und effiziente Rechtsdurchsetzung zu gewährleisten, muss das Bundespatentgericht ausreichend und kompetent besetzt sein.

Entsprechend müssen auch die deutschen Verletzungsgerichte attraktive Richterstellen anbieten und genügend Richternachwuchs ausbilden können, um ihre Rolle in der Durchsetzung von IP-Rechten zu stärken.

Nicht zuletzt erscheint es in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Übergangszeit und somit die Möglichkeit einer Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung gemäß Art. 83 Abs. 3 EPGÜ um weitere sieben Jahre verlängert wird. Dies ermöglicht die Durchsetzung Europäischer Patente auch vor deutschen Gerichten und nicht ausschließlich vor dem neuen Einheitsgericht. Zudem wurde das normative Ziel des Einheitspatentsystems einer kostengünstigen, für kleine und mittlere Unternehmen zugänglichen Durchsetzung europäischer Patente, wie es die Verordnung (EU) Nr. 1257/2012 vorgibt, wurde vom EPG bislang nicht erreicht. Die strukturelle Unvollständigkeit des Einheitspatentsystems aufgrund der Teilnahme von aktuell nur 18 von 39 EPÜ-Vertragsstaaten verhindert zudem die angestrebte Vereinfachung der Patentdurchsetzung. Der Anwaltsmarkt für Verfahren vor dem EPG befindet sich noch in einer frühen Reifephase. Eine Verlängerung der Übergangszeit schafft den notwendigen zeitlichen Freiraum für Reformen der Verfahrensordnung, für die Erweiterung des Territoriums, in dem das Einheitspatentsystem Wirkung hat, und für eine Entwicklung des Anwaltsmarktes hin zu einem breiteren und damit kostengünstigeren Angebot für die Nutzer des Patentsystems.

5.7. Biotechnologie als strategische Industrie für Deutschland, Kommunikation und öffentliche Akzeptanz der Biotechnologie und der Rolle von Patenten

Die Biotechnologie muss in Deutschland als strategisch wichtige Industrie verstanden und gefördert werden, um den wirtschaftlichen Standort Deutschland zu stärken, gerade in Zeiten, in denen traditionelle Industriezweige schwächer werden und Deutschland bei Entwicklungen im High Tech Bereich von Ländern abhängig ist, die rohstoffreich sind. Biotechnologieunternehmen müssen stärker gefördert und die Ansiedlung solcher Unternehmen muss in Deutschland gefördert werden durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investoren.

Um die Biotechnologie als strategische Industrie für Deutschland zu entwickeln, bedarf es der öffentlichen Akzeptanz. Die öffentliche Wahrnehmung der Biotechnologie ist jedoch negativ, „Gentechnik“, „Profite mit Gesundheit“, „Patente als Monopol“, „Patent waiver, um Zugang zu Medikamenten zu verschaffen“. Es ist wichtig, dass Biotechnologieunternehmen sich eine positive Identität schaffen und dass die Bevölkerung versteht, wie bedeutend diese Industrie für Patienten ist aber auch, dass sie eine Innovationsmaschine für Deutschland sein kann.

Wenn mehr Menschen die Auswirkungen der Arbeit der Biotechnologieunternehmen verstehen können, wird die Öffentlichkeit politische Maßnahmen unterstützen, die die Forschung und Entwicklung der Branche fördern.

Dazu gehört insbesondere auch, dass Menschen die Rolle von IP besser verstehen und Patente nicht als Hinderungsbarriere zu wichtigen Medikamenten verstehen. Aufklärung und Kommunikation über IP als Innovationstool sollte daher gefördert werden.

Die Stellungnahme wurde von der Arbeitsgruppe Schutzrechte und technische Verträge erarbeitet.

Der BIO Deutschland e. V. ist eine unabhängige Biotechnologie-Organisation. Der Unternehmensverband vertritt die Interessen seiner Mitglieder auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Die Biotechnologie überführt Biologie in die industrielle Anwendung. Sie hat beispielsweise in der Medizin bereits weithin sichtbaren Nutzen gezeigt. Innovative biobasierte Wirtschaftssysteme können Deutschland und Europa Souveränität und Wohlstand auf lange Sicht ermöglichen. Das Netzwerk im Verband ist interdisziplinär und einmalig. Die Mitglieder forschen, entwickeln, produzieren und vermarkten global. BIO Deutschland ist eine starke Gemeinschaft. Sie setzt auf Vielfalt, Offenheit und Chancengleichheit und bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Roland Sackers ist Vorstandsvorsitzender des BIO Deutschland.

Fördermitglieder der BIO Deutschland und Branchenpartner sind AGC Biologics, Baker Tilly, Bayer, BioSpring, Boehringer Ingelheim, BüchnerBarella, Citeline, CMS Hasche Sigle, Deutsche Bank, EY, Evotec, IDT Biologika, ITM Isotope Technologies Munich, KPMG, Miltenyi Biotec, Novartis, PricewaterhouseCoopers, QIAGEN, Rentschler Biopharma, Roche Diagnostics, Sanofi Aventis Deutschland, Thermo Fisher Scientific, Tubulis, Vertex Pharmaceuticals, ZETA.

Kontakt

Weitere Informationen zur Tätigkeit der BIO Deutschland erhalten Sie gerne auf Anfrage bei der Geschäftsstelle des Verbandes oder unter www.biodeutschland.org.

BIO Deutschland e. V.
Schützenstr. 6a
10117 Berlin
Tel.: +49 30 2332164-30
Fax: +49 30 2332164-38
info@biodeutschland.org
www.biodeutschland.org